Fränkische Landeszeitung, 13. Mai 2010

Für Stichstraße zur US-Wohnsiedlung muss der Staat auf 200 Metern privaten Grund aufkaufen

Urlas-Anschluss: Weitere Verzögerung droht

Landbeschaffungsverfahren kann dauern – Sorgen um beantragte Ampel auf der B 14

ANSBACH (fri) – Möglicherweise wird sich der Bau des Anschlussknotens für die US-Wohnsiedlung am Urlas stärker verzögern als bisher absehbar. Denn der dafür benötigte Grund ist teilweise in Privatbesitz und muss über ein so genanntes Landbeschaffungsverfahren erst erworben werden. Diese Verfahren sind meist sehr zeitaufwändig und können schlimmstenfalls in ein Enteignungsverfahren münden. Von der Stadt unerwünschter Nebeneffekt einer solchen Verzögerung: Auch die bisher „vorübergehend" geplante Einrichtung einer Ampelkreuzung auf der B 14 zwecks Anschlusses der Siedlung würde möglicherweise längere Zeit in Anspruch nehmen.

Für den regulären Anschluss der Urlassiedlung an die B 14 ist wie mehrfach berichtet ein höhenfreier Knoten und ein daran anschließender Kreisverkehr mehrere hundert Meter östlich der „Windmühle" geplant. Vom Kreisverkehr soll dann eine Stichstraße zu der US-Wohnsiedlung führen. Zwar werde versucht, die Stichstraße größtenteils auf einen bestehenden Feldweg im Besitz der Stadt zu legen, erfuhr die FLZ gestern. Doch parallel dazu werde auf einem Abschnitt von etwa 200 Metern Länge auch der Erwerb privaten Grundes nötig. Damit ist nun die Staatliche Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (Bima) beauftragt. Eine ähnliche Landbeschaffungsmaßnahme für einen geplanten weiteren Kaserneneingang östlich von Katterbach hatte sich wie berichtet über viele Jahre hingezogen und konnte erst durch die Regierung in einem Verfahren beendet werden, das den betroffenen Landwirten einen bedeutend besseren Grundstückspreis zusprach als ihnen vorher von der Bima angeboten worden war.

Der reguläre Anschlussknoten für die Siedlung könnte nach Angaben des Staatlichen Bauamts bis Ende 2012 fertig gebaut werden. Die Planfeststellung dafür hat jetzt die Regierung von Mittelfranken eingeleitet. Ab 20. Mai sollen die Unterlagen dafür für alle Bürger einsehbar im städtischen Bauamt an der Nürnberger Straße einen Monat lang ausliegen. Ob und für wie lange ein Landbeschaffungsverfahren über die Planfeststellung hinaus den Bau verzögern könnte, ist derzeit nicht einzuschätzen.

Unabhängig davon hat die für den Siedlungsbau am Urlas zuständige Landesbaudirektion Nürnberg die Einrichtung einer Ampelkreuzung auf der B 14 etwa in Höhe des Soldatenweihers beantragt. Die Begründung: Der Verkehr zur Siedlung werde deutlich zunehmen, wenn diese und die gleichzeitig errichteten Infrastrukturmaßnahmen – im Bau sind derzeit zwei groß dimensionierte Märkte, ein Hotel und neuerdings auch eine Tankstelle – erst einmal fertig gestellt sein werden. Über die derzeitigen provisorischen Zufahrten sei der Verkehr dann nicht mehr zu bewältigen, hieß es. Beantragt wurde die Ampel ab Sommer des kommenden Jahres. Die Stadt hat zwar prinzipiell zugestimmt, will aber den Bau erst dann zulassen, wenn es durch die Überlastung der provisorischen Zufahrten tatsächlich zu Behinderungen auf der B 14 kommt.

Vor einem absehbaren Verkehrschaos warnt in diesem Zusammenhang der Stadtrat der Offenen Linken, Boris-André Meyer. In einem Dringlichkeitsantrag fordert er vom Stadtrat einen Appell an die Behörden, die Bauarbeiten auf dem Urlas solange anhalten lassen, bis alle verfahrensrechtlichen Schritte für den Knotenausbau abgeschlossen sind. Im Bauausschuss hieß es kürzlich, die Stadt habe wegen dieser Erschließungsprobleme bereits Einspruch nicht nur gegen den vorzeitigen Bau der Supermärkte und des Hotels, sondern nun auch gegen den Tankstellenbau erhoben.

Keine Verkehrsprobleme sieht man dagegen derzeit im für die B 14 zuständigen Staatlichen Bauamt. Die Ampel werde, wenn sie kommt, so errichtet, dass es zu keinen Verkehrsbehinderungen kommen könne, sagte Behördenchef Helmut Arndt. Das bedeute, dass das Grün für den Verkehr auf der B 14 nur dann zugunsten der Abbieger von und zur Urlassiedlung unterbrochen werde, wenn es der Verkehrsfluss auf der Bundesstraße zulasse. Auch zu Spitzenzeiten, so Arndt weiter, werde es deshalb nicht zu Gefährdungen der Verkehrssicherheit kommen. Durch die Vierspurigkeit der B 14 sei ja genügend Stauraum für Abbieger vorhanden.